

Autor: Simon Zeise
Seite: 3
Quellrubrik: Schwerpunkt
Jahrgang: 2020
Weblink: <https://www.jungewelt.de/artikel/380363.gewerkschaften-phase-beinharder-verteilungskampfe-droht.html>

Gewerkschaften

»Phase beinharder Verteilungskämpfe droht«

Lasten der Coronakrise auf Beschäftigte abgewälzt. Staatliche Rettungspakete kaschieren strukturelle Probleme. Ein Gespräch mit Hans-Jürgen Urban

Schon vor der Pandemie befand sich die Industrie in Deutschland in der Rezession. Die Coronakrise trifft die Wirtschaft nun mit voller Wucht. Wie nehmen Sie die Stimmung in den Belegschaften wahr?

Die Beschäftigten sind stark von der Krise betroffen. Laut Zahlen der Bundesagentur für Arbeit sind mittlerweile rund sieben Millionen Beschäftigte in Kurzarbeit – davon fast die Hälfte in der Metall- und Elektroindustrie. Das ist mit erheblichen Einkommensverlusten verbunden. Hinzu kommt die Infektionsgefahr in den Betrieben, die trotz Arbeitsschutzstandards nie gänzlich auszuschließen ist. Schließlich haben sich für viele Beschäftigte die Arbeitsbelastungen erheblich erhöht. Kurzum, viele nehmen die Wirtschaftskrise auch als Krise der eigenen sozialen Existenz wahr.

Wie die Nachrichtenagentur Reuters berichtete, muss sich die IG Metall auf geringere Mitgliederbeiträge in Höhe von 21 Millionen Euro einstellen. Inwiefern ist die Gewerkschaft noch arbeitskampffähig?

Über konkrete Zahlen können wir gegenwärtig nichts Seriöses sagen. Aber richtig ist: Unter den gegenwärtigen Bedingungen ist Mitgliederwerbung nicht einfach. Zudem ist es komplizierter geworden, sich in den Belegschaften abzusprechen, um gegebenenfalls auch mobilisieren zu können. Wenn Kollegen in Kurzarbeit oder im Homeoffice sind, ist es kaum möglich, mit den traditionellen Formen gewerkschaftliche Gegenmacht aufzubauen. Organisationspolitisch ist das alles eine echte Heraus-

forderung.

Wo sehen Sie erfolgreiche Ansätze gewerkschaftlicher Mobilisierung?

Es gibt vereinzelte Arbeitskämpfe vor Ort. Es gibt aber auch die Unterstützung von gesellschaftspolitischen Forderungen der Gewerkschaften. Da haben wir einiges erreicht. Etwa den leichteren Zugang und verbesserte Leistungen bei Kurzarbeit und bei der Grundsicherung, die Verlängerung der Bezugszeit beim Arbeitslosengeld, oder die Ausweitung der Bezüge von Eltern, die nicht zur Arbeit gehen können, weil sie ihre Kinder betreuen müssen oder Angehörige pflegen. Das alles wäre ohne den gewerkschaftlichen Druck nicht zustande gekommen.

Ein Streit zwischen IG-Metall-Führung und SPD-Spitze wird derzeit offen ausgetragen. Wie verhärtet sind die Fronten?

In einer so zugespitzten Situation kommt es zu unterschiedlichen Positionierungen der Akteure. Jenseits einzelner Forderungen gilt: Wir sind eine parteipolitisch unabhängige Organisation und suchen Bündnisse zu Parteien, die uns helfen, gewerkschaftliche Positionen durchzusetzen. Dass es dabei zu Spannungen kommt, ist eher Normalität als die Ausnahme. Das gilt auch gegenüber der SPD.

Befürchten Sie, dass rechte Kräfte von der Krise profitieren und in den Belegschaften Fuß fassen können?

In Zeiten wie diesen wachsen bei vielen Menschen die Zukunftsängste. Natürlich ist die Gefahr groß, dass hier dieje-

nigen ihre Chance wittern, die die gesellschaftlichen Verhältnisse nach rechts verschieben wollen. Sie greifen dafür heute teilweise auf skurrile Verschwörungstheorien, aber auch auf traditionellen Rassismus zurück. Hier müssen wir mit Gegenkonzepten agieren, die nicht nur den Status quo sichern wollen, sondern solidarische Krisenlösungen anbieten. Ein einfaches Zurück zum Vor-Corona-Kapitalismus ist keine Lösung.

Der Kampf gegen Rassismus fängt in den Betrieben an, und da sind unsere Kolleginnen und Kollegen wirklich engagiert. Aber trotz akuter Krise darf nicht in Vergessenheit geraten, dass der globale Kapitalismus einige ungelöste Strukturprobleme mit sich herumschleppt. Dazu gehören die sich verselbständigende Finanzsphäre, die Sprengsätze für die wirtschaftliche Entwicklung bereithält, die soziale Polarisierung zwischen den und innerhalb der gesellschaftlichen Gruppen und natürlich das Problem, dass sich der Kapitalismus an einem fossilen Wachstumsmodell festgebissen hat. Diese Probleme werden sich bald mit Wucht zurückmelden, auch davon könnte die Rechte profitieren.

Wie wollen Sie hier gegensteuern?

Wir brauchen eine durchgreifende Demokratisierung der Ökonomie. Gelten muss: Wo öffentliches Geld fließt, muss öffentliches Eigentum entstehen und öffentliche Einflussnahme folgen. Wenn der Bund Milliardenhilfen bereitstellt, darf das nicht zu einer Vielzahl von Lufthansa-Modellen führen, sondern es muss verbunden werden mit Beschäftigungszusagen, der Auswei-

terung von Mitbestimmung und der Einflussnahme auf die Produktentwicklung in Richtung ökologischer Verträglichkeit. Weiterhin sind öffentliche Investitionen dringend notwendig, angefangen vom defizitären Gesundheitswesen, aber auch für eine Mobilitätswende mit mehr Geld zum Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs. Die Automobilindu-

strie muss in ein solches nachhaltiges Mobilitätskonzept eingebettet werden.

Ich befürchte außerdem, dass wir in eine Phase beinharder Verteilungskämpfe geraten. Früher oder später stellt sich die Frage: Wer kommt für die Krisenmilliarden auf, mit denen die Ökonomie gerettet wird. Wir sollten nicht verges-

sen: Die Schuldenbremse in Deutschland und der Stabilitäts- und Wachstumspakt in der Euro-Zone sind nur vorübergehend außer Kraft gesetzt. Diese institutionellen Statthalter des Neoliberalismus sind gegenwärtig beurlaubt, aber nicht aus dem Amt gejagt.